

Die künftige Getreideversorgung.

Die nachstehende Interpellation, die namentlich von Vertretern der Städte unterzeichnet worden ist, sollte heute im Herrenhaus zur Besprechung gelangen.

Welche Stellung nimmt die königliche Staatsregierung ein gegenüber den Anträgen des deutschen Landwirtschaftsrats, die dahin zielen, für das kommende Getreideerntejahr:

1. Im Interesse der verlaufenden Landwirtschaft die Ueberschuß-Kommunalverbände derart gegen den Käufer abzuschließen, daß dem Käufer der Zutritt zu den Ueberschußverbänden nicht mehr gestattet wird, vielmehr diese selbst nach ihrem Ermessen den Ueberschuß für die Bedarfskommunalverbände aussondern;

2. an Stelle des die Interessen der Käufer vertretenden Organs — der Kriegsgetreidegesellschaft — eine durchaus unter landwirtschaftlichem Einfluß stehende Zentralausgleichsstelle zu setzen, so daß die Ankäufe zwar im Namen und für Rechnung der Verbraucher, insbesondere der Städte geschehen, tatsächlich aber ebenfalls von landwirtschaftlicher Seite geleitet werden?

Die Beantwortung dieser Interpellation hat der Minister von Löbell am Montag im Herrenhaus für die heutige Sitzung zugesagt. Die Interpellation wird jedoch zurückgezogen. Wolffs Büro meldet:

Da die Absichten der Reichsleitung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl im nächsten Erntejahr die künftige rechtliche Gestaltung der Kriegsgetreidegesellschaft beeinflussen würden, hat die Reichsleitung Veranlassung genommen, den Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft über seine Stellungnahme zu befragen. — Der Aufsichtsrat hat am heutigen Tage nach eingehender Prüfung als seine Auffassung festgestellt, daß die Pläne der Reichsleitung, wenn sie in ihrer nunmehrigen Fassung die Zustimmung des Bundesrats finden, die Fortsetzung der Wirksamkeit der Gesellschaft auf ihrer bewährten Grundlage ermöglichen, und hat sich bereit erklärt, der Gesellschaftsversammlung die Annahme der daraus sich ergebenden Satzungsänderungen vorzuschlagen.

Nachdem der Aufsichtsrat der Kriegsgetreidegesellschaft sich für die Fortführung der Gesellschaft in der von der Reichsleitung beabsichtigten Form ausgesprochen hat, wird, wie wir hören, die im Herrenhaus von einer Anzahl von Städtevertretern eingebrachte Interpellation über die Regelung der Brotversorgung im nächsten Erntejahr zurückgezogen werden.

Die gepflogenen Verhandlungen haben auch dem städtischen Verbraucher nunmehr die Sicherheit verschafft, daß alle Berufsstände in Stadt und Land auch künftig ihren Platz finden werden, um im kommenden Erntejahr gemeinsam die wirtschaftlichen Hoffnungen des Feindes zu vereiteln, wie dies im abgelaufenen Erntejahr mit Erfolg geschehen ist.